

Medienmitteilung

Thema	Parolen Abstimmungen vom 15. November 2015
Für Rückfragen	Laura Kopp laura.kopp@grunliberale.ch / 079 696 73 28
Absender	Grünliberale Partei Kanton Luzern, 6000 Luzern lu@grunliberale.ch / www.lu.grunliberale.ch
Datum	28. Oktober 2015

glp sagt zweimal Nein

Der Vorstand der Grünliberalen hat für die beiden kantonalen Abstimmungsvorlagen vom 15. November die Nein-Parole beschlossen. Die glp spricht sich gegen die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien und gegen die vorgeschlagen Anpassungen bei der Pflegefinanzierung aus.

Der Vorstand der Grünliberalen hat für die Abstimmungsvorlage „Kinder fördern – Eltern stützen, Ergänzungsleistungen für Familien“ die Nein-Parole beschlossen. Die Forderung, Ergänzungsleistungen einzuführen, um ein Abrutschen von Familien in die Sozialhilfe zu vermeiden, ist nachvollziehbar. Die teilweise mit dem Bezug von Sozialhilfe verbundene Stigmatisierung könnte so vermieden werden. Menschen, die Sozialhilfe beziehen, erhalten aber eine gute und intensive Betreuung. Diese Massnahme hat sich bewährt und viele Menschen wieder aus der Sozialhilfe herausgeführt. Beim Bezug von Ergänzungsleistungen ist diese intensive Betreuung nicht gegeben. Zudem sind neben den Kosten für die Ergänzungsleistungen auch hohe Ausgaben für den nötigen Verwaltungsapparat und den administrativen Aufwand zu erwarten.

Nein zur Einschränkung der Gemeindeautonomie

Auch die Vorlage „Für eine gerechte Aufteilung der Pflegefinanzierung“ empfiehlt der glp-Vorstand zur Ablehnung. Zwar werden die Gemeinden durch die Pflegefinanzierung stark belastet. Die derzeitige Aufteilung der Kosten zwischen Gemeinden und Kanton ist aber erst 2008 vom Volk mit grosser Mehrheit beschlossen worden. Seitdem muss der Kanton eine höhere Kostensteigerung bewältigen als die Gemeinden. Für eine sinnvolle Reform der Pflegefinanzierung müsste das Gesamtsystem überprüft und die Entscheidungskompetenzen mit berücksichtigt werden. Die in der Volkinitiative geforderte blosse Anpassung des Kostenteilers ist nicht sinnvoll. Sie schränkt die Autonomie der Gemeinden ein und löst das Problem der hohen Kosten nicht. Stattdessen würde die Initiative Mehrausgaben für den zusätzlich nötigen Verwaltungsaufwand verursachen.